

Für die Legislaturperiode 2014–2019 sind die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die neue EU-Kommission gefragt, die Weichenstellungen für eine starke und wettbewerbsfähige Europäische Union mitzubestimmen.

Das Europäische Parlament hat mit seiner Studie „Mapping the Cost of Non-Europe, 2014–19“ klare wachstumsrelevante Prioritäten gesetzt. Mit dieser Vorlage ist es gelungen, eine überschaubare Zahl von Schlüsselbereichen zu identifizieren, die für ein Vorankommen der Europäischen Union entscheidend sind. Der Europäische Rat und die Europäische Kommission haben sich auf ähnlich lautende politische Leitlinien verständigt. Dies ist eine neue Errungenschaft im interinstitutionellen Gefüge der EU, die wir sehr begrüßen.

Die deutsche Wirtschaft will mit diesen „Fact-Sheets“ in kompakter Form ihren Beitrag zur Debatte über die Prioritäten für die nächste europäische Legislaturperiode leisten. Nicht jeder einzelne Vorschlag findet unsere Zustimmung, aber die Richtung stimmt.

Die Europäische Union braucht eine eindeutige politische Neuausrichtung: Die Energie-, Klima- und Umweltpolitik gilt es mit einer EU-weiten Stärkung der industriellen Basis zu verbinden. Der eingeschlagene Weg der Integration und der strukturellen Erneuerung im Euroraum muss fortgesetzt werden. Dabei geht es auch um soziale Sicherheit: Sie hängt ab von wirtschaftlicher Prosperität, Investitionen und globaler Wettbewerbsfähigkeit – damit neue Arbeitsplätze entstehen und die Menschen, ganz besonders der jungen Generation, nachhaltige Beschäftigungsperspektiven erhalten.

Dafür brauchen wir eine Europäische Union, die integriert, die erneuert und an der Weltspitze mitgestaltet.



**Ingo Kramer**  
Präsident  
Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände | BDA



**Ulrich Grillo**  
Präsident  
Bundesverband der  
Deutschen Industrie (BDI)

## Bessere Rechtsetzung

### WORUM GEHT ES?

Die europäische Agenda für eine bessere Rechtsetzung zur weiteren Vereinfachung und Verbesserung des europäischen Rechtsrahmens ist vor dem Hintergrund der globalen Wettbewerbs Herausforderungen Gebot der Stunde und zwingende Voraussetzung für die Akzeptanz der EU bei den Bürgern.



Die deutsche Wirtschaft unterstützt den in den EU-Institutionen in Gang gesetzten Prozess für eine bessere Rechtsetzung und zum Bürokratieabbau. Die Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe im Bereich Verwaltungslasten zum Bürokratieabbau in Europa müssen zügig umgesetzt werden.

### UNABHÄNGIGER FOLGENABSCHÄTZUNGS- UND EVALUIERUNGSMECHANISMUS FÜR ALLE PHASEN DES „POLICY CYCLE“



Ein unabhängiger Mechanismus verbessert die Qualität der europäischen Rechtsetzung. Die bereits bestehende „Interinstitutionelle Vereinbarung zur besseren Rechtsetzung“ aus dem Jahr 2003 sollte entsprechend überarbeitet werden.

Quelle: BDI/BDA, 2014

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

- Beauftragung einer **unabhängigen Stelle**, die die Folgenabschätzungen und Evaluierungen der EU-Institutionen, insbesondere der EU-Kommission, überprüft, ehe diese einen Legislativvorschlag vorlegt. Dies sollte über eine **revidierte interinstitutionelle Vereinbarung** zwischen EU-Kommission, Europäischem Parlament und Rat umgesetzt werden.
- Festsetzung einer **Nettozielvorgabe** für die Senkung der Regelungskosten und die Veröffentlichung jährlicher Erklärungen zur Gesamtheit der Nettokosten bzw. Nutzeffekte neuer Legislativvorschläge
- Konsequente Durchführung von Folgenabschätzungen einschließlich des **Wettbewerbsfähigkeitschecks** in allen EU-Institutionen zu allen relevanten Vorschlägen legislativer und nicht legislativer Art sowie zu substanziellen Änderungen im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens
- Umfassende **öffentliche Konsultationen** zu Legislativvorschlägen und dazugehörigen Folgenabschätzungen, soweit **Sozialpartnerkonsultationen** nicht vorrangig sind
- Zur Vermeidung von „**gold-plating**“: Verpflichtung der Mitgliedstaaten zu erklären, wo und warum bestimmte Umsetzungsmaßnahmen auf nationaler Ebene über die Anforderungen des EU-Rechts hinausgehen

# Digitaler Binnenmarkt

## WORUM GEHT ES?

Digitale Dienste benötigen einen digitalen Binnenmarkt. Hochmoderne Netzinfrastruktur, ein innovationsoffener einheitlicher Rechtsrahmen, ein Höchstmaß an Vertrauen und Sicherheit für digitale Dienste – darauf kommt es an.
































Ein funktionierender Digitaler Binnenmarkt kann zu einer Steigerung des EU-Bruttoinlandsprodukts um 260 Mrd. € führen.





Die europäische Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen, um das Potential digitaler Innovationen in der EU optimal zu nutzen.

## NUR WENIGE EUROPÄISCHE UNTERNEHMEN IN DER DIGITALEN SPITZENKLASSE

### IKT-Marktführer 2011/2012 (nach Umsätzen)

IT-Services	PCs/Notebooks	IT-Hardware
1. IBM 	1. HP 	1. HP 
2. HP 	2. Dell 	2. Cisco 
3. Fujitsu	3. Apple 	3. Canon
4. Accenture 	4. Lenovo	4. IBM 
5. CSC 	5. Fujitsu	5. Ricoh
Software	Endgeräte	Halbleiter
1. Microsoft 	1. Samsung	1. Intel 
2. Oracle 	2. Apple 	2. Samsung Electronics
3. IBM 	3. Nokia 	3. Toshiba Semiconductor
4. Symantec 	4. RIM	4. Renesas
5. SAP 	5. HTC	5. Texas Instruments 
TK-Ausrüster	Netzbetreiber	www (weltweit)*
1. Ericsson 	1. NTT	1. Facebook 
2. Huawei	2. AT&T 	2. Google 
3. Alcatel-Lucent 	3. Verizon 	3. YouTube 
4. Cisco 	4. Telefónica 	4. Yahoo! 
5. NSN 	5. China Mobile	5. Amazon.com 

- ← Weniger als 10 % der weltweiten IKT-Erlöse werden von europäischen Unternehmen erwirtschaftet. Die EU muss dringend aufholen.
- ← Die EU muss größte Anstrengungen unternehmen, um Spitzenreiter der nächsten Innovationswelle vernetzter Produkte und Produktion zu werden.
- ← Hierfür bestehen gute Voraussetzungen in der EU – wenn der Ordnungsrahmen stimmt. Denn die industrielle Technologiebasis mit vielen Weltmarktführern ist exzellent.

 europäische Unternehmen  
 US-Unternehmen

\* Top Sites nach Aufrufen

Quelle: A. T. Kearney, IDATE, Alexa, Financial Times

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Europa braucht eine starke IKT-Branche und einen starken digitalen Binnenmarkt. Dazu gehören hochleistungsfähige **Breitbandnetze**. Dafür ist eine Regulierung nötig, die Investitionen und Wettbewerb fördert.

Zentral sind außerdem einheitliche starke Regelungen für den Datenschutz. Es ist nach fast drei Jahren Diskussion an der Zeit, die **Datenschutz-Grundverordnung** zu verabschieden, um das Vertrauen in digitale Dienste zu stärken.

Die Politik muss einen angemessenen Rechtsrahmen für die Sicherheitsbehörden schaffen und für ein hohes Niveau von **IT-Sicherheit** eintreten.

Ein funktionierender Digitaler Binnenmarkt wird dann helfen, zentrale Herausforderungen der Zukunft wie die Energiewende, Industrie 4.0, wachsende Verkehrsströme oder den demografischen Wandel zu managen.

## Vollendung des Binnenmarktes

### WORUM GEHT ES?

Der Europäische Binnenmarkt ist Erfolgstreiber in der EU für Wohlstand und soziale Sicherheit und wächst stetig. Weiterem Wachstum steht jedoch die nach wie vor uneinheitliche Ausgestaltung des Marktes entgegen.

Das Europäische Parlament schätzt, dass sich durch die Vollendung des Binnenmarktes Effizienzgewinne von 235 Mrd. € jährlich erzielen lassen.



Die deutsche Wirtschaft hält den Binnenmarkt für einen unverzichtbaren Kernbestandteil der EU zum Wohle der EU-Bürger, Verbraucher und Unternehmen, den es in besonderem Maße zu fördern gilt.

### HANDEL IM EU-BINNENMARKT HAT SICH IN 20 JAHREN MEHR ALS VERDREIFACHT

Wert aller im EU-Binnenmarkt gehandelten Güter, in Mrd. €



Der Europäische Binnenmarkt ist der größte Binnenmarkt der Welt.

Der Binnenmarkt für öffentliche Aufträge (jährliches Volumen von mehr als 2,2 Bio. €) offenbart die Relevanz dieses Sektors für die staatliche Bedarfsdeckung zum Wohle der Bürger wie auch das große Potential für die Wirtschaft.

Quelle: Europäische Kommission, 2012

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die weitere **Vertiefung des Binnenmarktes** muss durch eine stringente Umsetzung, korrekte Anwendung und effektive Durchführung der Binnenmarktvorschriften aktiv vorangetrieben werden. Dazu zählen insbesondere die bessere Durchführung der Dienstleistungsrichtlinie, die weitere Vereinfachung und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und der Abbau verbleibender Freizügigkeitsgrenzen.

Nach der Reform des **EU-Vergaberechts** 2014 kommt es darauf an, die neuen Regelungen EU-weit konsequent umzusetzen.

Die Leistungsfähigkeit des **Binnenmarkts für öffentliche Aufträge**, die im primären Interesse der Bürger und Steuerzahler liegt, darf nicht durch unsachgemäße Überfrachtung der Beschaffung mit Vorgaben auftragsferner Sekundärziele konterkariert werden. Versuche der Umgehung von Binnenmarkt- und Vergabevorschriften – wie z. B. unerlaubte Vergaben, nicht rechtskonforme Ausnahmen von Ausschreibungen und Forderungen nach Kompensationsgeschäften bei Ausschreibungen – müssen nachdrücklich bekämpft werden. Die Möglichkeiten besonderer Regelungen für **soziale und Arbeitsmarktdienstleistungen** müssen angemessen genutzt werden.

#### Herausgeber:

BDI/BDA  
The German Business  
Representation

#### Ansprechpartner:

BDI – Wettbewerb, Öffentliche Aufträge & Verbraucher  
T +49 30 2028-1401  
n.lau@bdi.eu

BDI – Recht und Versicherung  
T +49 30 2028-1436  
h.willems@bdi.eu

BDA – Europäische Union und Internationale Sozialpolitik  
T +49 30 2033-1900  
r.hornung-draus@arbeitgeber.de

# Bankenunion zur Vermeidung einer neuen Finanzkrise

## WORUM GEHT ES?

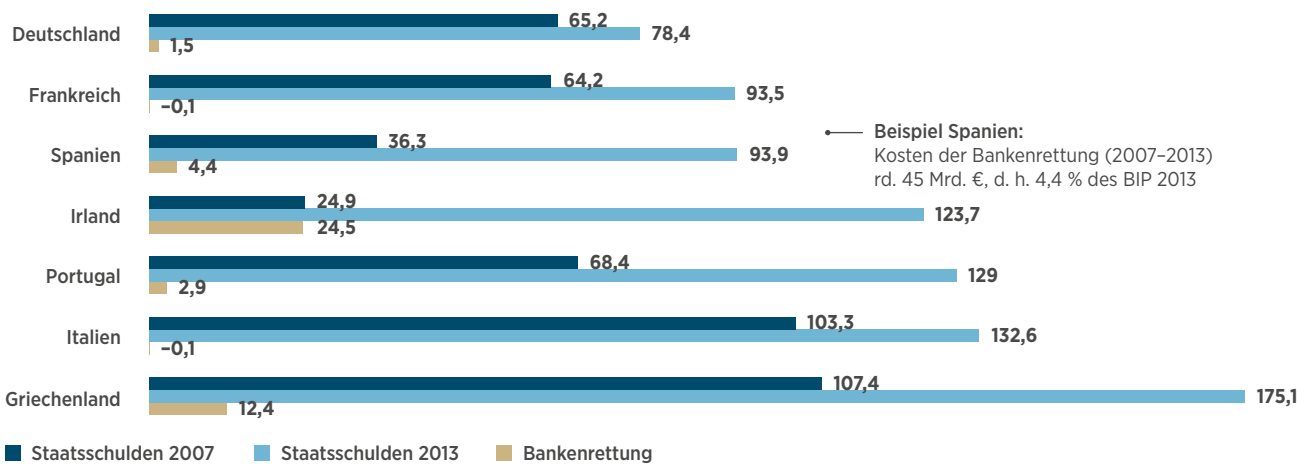
Das Europäische Parlament schätzt, dass durch eine Bankenunion volkswirtschaftliche Kosten von 35 Mrd. € jährlich eingespart werden.



Die deutsche Wirtschaft unterstützt die Schaffung und Vollendung einer effektiven Bankenunion über eine gemeinsame Bankenaufsicht und eine einheitliche Bankenabwicklung.

## FINANZMARKTKRISE: DRAMATISCHER ANSTIEG DER STAATSSCHULDEN IN EUROPA

Staatsverschuldung 2007 und 2013 und Kosten der Bankenrettungen (2007–2013), in % des BIP



Der Ausbruch der Banken- und Finanzkrise hat mit dazu beigetragen, dass der Schuldenstand im Euroraum in den letzten Jahren dramatisch angestiegen ist. Nicht zuletzt die Beispiele Italien und Frankreich zeigen, dass auch mangelnde Haushaltsdisziplin und fehlende Strukturreformen zur Staatsverschuldung beigetragen haben.

Quelle: Eurostat, 2014

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Eine **effektive Bankenunion** kann dazu beitragen, Schieflagen von Kreditinstituten zu verhindern, die Stabilität des Finanzsystems zu erhöhen und die Steuerzahler vor den Abwicklungskosten zu schützen.

Allerdings ist die Bankenunion kein Ersatz für **Strukturreformen**, **Konsolidierungsmaßnahmen** und eine weitere Verbesserung der **wirtschaftspolitischen Koordinierung**. Europa muss als Ganzes wettbewerbsfähiger werden.

Die in vielen Bankbilanzen noch immer schlummernden Risiken stellen eine große Herausforderung für den neuen Aufsichtsmechanismus dar. **Altlasten** müssen rechtzeitig und zielsicher

aufgespürt werden, um die Gemeinschaftshaftung nicht zu überfordern.

Rekapitalisierung von Finanzinstituten und Abwicklung sollten zunächst und primär durch die Inanspruchnahme der jeweiligen Eigentümer und Gläubiger in nationaler Verantwortung erfolgen. Die vereinbarten **Bail-in-Regeln** müssen strikt eingehalten werden. Nicht überlebensfähige Banken sind abzuwickeln.

Zur **Entflechtung von Staats- und Bankschulden** sind weitere Maßnahmen notwendig: Neben der ausreichenden Ausstattung der Finanzinstitute mit Eigenkapital muss die regulatorische Vorzugsbehandlung von Staatspapieren eingegrenzt werden.

# Vollendung eines integrierten europäischen Finanzmarktes

## WORUM GEHT ES?

Zahlreiche regulatorische, institutionelle und steuerliche Hemmnisse behindern die Entstehung eines echten Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen.

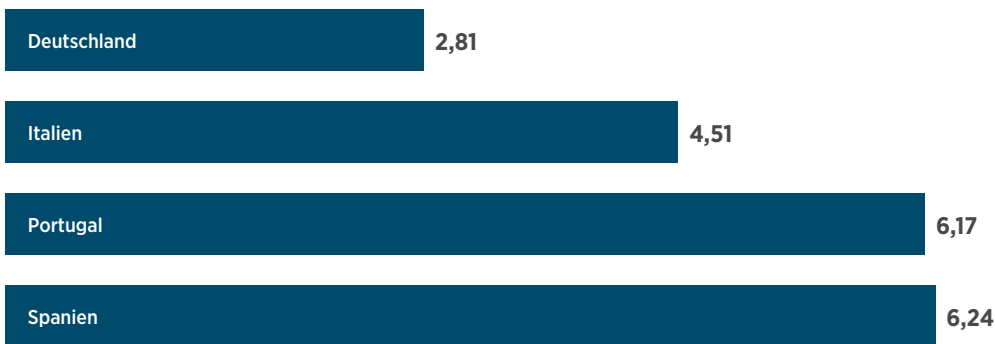
Ein vollständig integrierter Finanzmarkt eröffnet nach Schätzungen des Europäischen Parlaments ein Ersparnispotential von 60 Mrd. € jährlich.



Die deutsche Wirtschaft unterstützt einen weiteren Abbau bestehender Hemmnisse, um die Vorteile eines gemeinsamen Finanzmarktes voll ausschöpfen zu können.

## FRAGMENTIERUNG DER FINANZMÄRKTE FÜHRT ZU HOHEN ZINSEN UND BELASTUNGEN FÜR UNTERNEHMEN IN EINIGEN EURO-STAATEN

Durchschnittszinsen für Unternehmenskredite mit Laufzeiten 5 bis 10 Jahre, in %



Obwohl sich die Zinsen in den südeuropäischen Krisenländern deutlich verringert haben, stellen sie weiterhin eine starke Belastung für öffentliche Haushalte und Wirtschaft dar.

Die weiterhin bestehende Zinsdivergenz ist Ausdruck der ausgeprägten Fragmentierung an den Finanzmärkten. Ein stärker integrierter Finanzbinnenmarkt würde das Dienstleistungsangebot für die Realwirtschaft verbreitern und die Kreditvergabe in der EU verbilligen.

Quelle: EZB, 2014

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die Etablierung der Bankenunion ist ein unverzichtbarer Schritt, der jedoch nicht ausreicht, die **Fragmentierung der Finanzmärkte** aufzuheben. Zu den zentralen **Integrationshemmnissen** gehören u. a. unterschiedliche nationale steuerliche Regelungen und bestehende Hindernisse bei grenzüberschreitenden Bank- und Wertpapierdienstleistungen. Mit **SEPA** wurde dagegen ein großer Schritt nach vorn getan.

Ein wichtiger Hebel zur Finanzmarktintegration wäre die Rückgewinnung des angeschlagenen **Marktvertrauens**. In den letzten Jahren wurden zahlreiche regulatorische Initiativen lanciert, die die Finanzmärkte stabiler machen sollen.

Banken und Finanzmärkte können ihre unterstützende Funktion für die Realwirtschaft nur dann effektiv erfüllen, wenn das **regulatorische Umfeld** stimmt. Die Regulierung muss die Finanzierungsinteressen der Unternehmen besser berücksichtigen.

Die kritische **Überprüfung der Zweckmäßigkeit bestehender Regulierungsvorschriften** muss zur Daueraufgabe werden. Nicht noch strengere, sondern zielgerichtete, verantwortliche Regulierung muss Handlungsmaxime der Politik sein. Insbesondere die Einführung einer europäischen Finanztransaktionsteuer behindert die stärkere Finanzmarktintegration.

## Europäische Arbeitslosenversicherung

### WORUM GEHT ES?

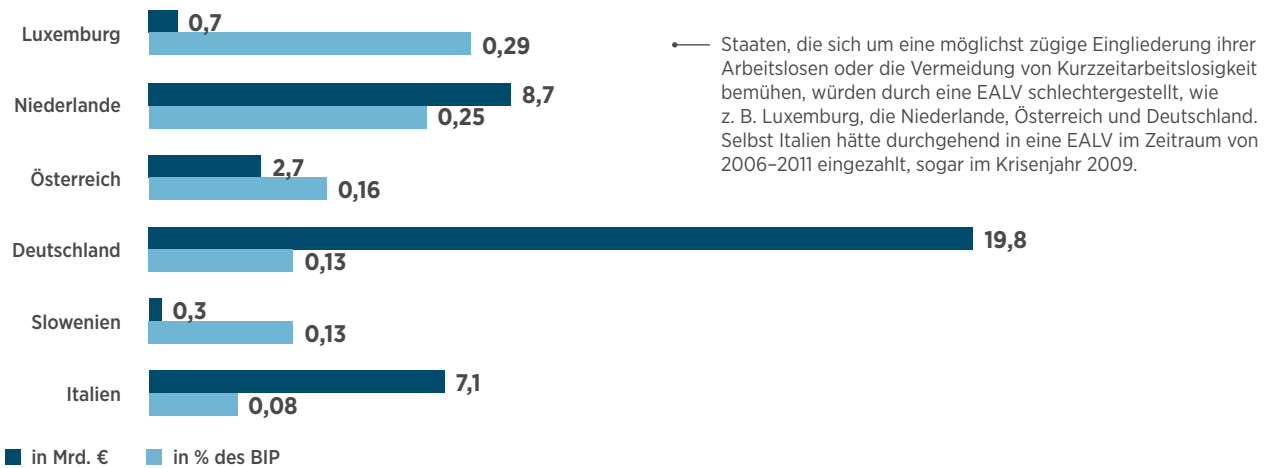
Die Idee einer Europäischen Arbeitslosenversicherung (EALV) zielt darauf ab, als automatischer Stabilisator makroökonomische, konjunkturell bedingte Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union abzubauen. Das Europäische Parlament geht von einem hypothetischen Effizienzgewinn von 15 Mrd. € in ausgewählten Mitgliedstaaten aus.



Eine EALV ist kein geeignetes Instrument, weil die Ungleichgewichte nicht konjunkturell, sondern strukturell bedingt sind. Sie schafft keine Effizienzgewinne, sondern etabliert vielmehr einen dauerhaften Transfermechanismus. So senkt sie den Anreiz für notwendige nationale Strukturreformen zur Förderung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitsmärkten und zur nachhaltigen soliden Finanzierung der sozialen Sicherheit. Durch Reformverschleppung verfestigt sich die Arbeitslosigkeit.

### FINANZIERUNGSSALDEN EINER EUROPÄISCHEN ARBEITSLSENVERSICHERUNG

Nettoeinzahlungen in eine EALV (Simulationsrechnung für den Zeitraum 2006–2011)



Dass die Mitgliedstaaten, die bereits vor der Krise durch schmerzhaft Reformprozesse gegangen sind, durch eine EALV schlechtergestellt würden, ist den Menschen kaum zu vermitteln, erst recht nicht, wenn ihnen Mittel zugewiesen werden, die die notwendigen nationalen Reformen nicht durchgeführt haben.

Quelle: IAB, 2014

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die EALV kann die strukturellen Fehlentwicklungen in den einzelnen Staaten nicht korrigieren. Notwendig sind **Strukturreformen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit** und für einen **funktionsfähigen, dynamischen Arbeitsmarkt**.

Die **länderspezifischen Empfehlungen** enthalten geeignete Maßnahmen, um die strukturell bedingten Ungleichgewichte abzubauen. Sie müssen zukünftig mithilfe verbindlicher Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten, EU-Kommission und Rat unter entsprechender Einbindung der nationalen Parlamente und der Sozialpartner besser umgesetzt werden.

Die Anstrengungen zur **Reform der nationalen Arbeitsmärkte**, zur **Sanierung der öffentlichen Haushalte** und zur **Verbesserung des Investitionsklimas** müssen erhöht werden, um die Voraussetzungen für Beschäftigungswachstum zu schaffen. Insbesondere müssen Zugangshindernisse zum Arbeitsmarkt, die hauptsächlich junge Menschen betreffen, abgebaut werden.

## Verbesserte wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung

### WORUM GEHT ES?

Ohne effektive wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung können gefährliche Ansteckungseffekte zwischen den EU-Mitgliedstaaten auftreten, wie die Eurokrise verdeutlicht hat.

Das Europäische Parlament schätzt, dass allein durch die negativen fiskalpolitischen Ansteckungseffekte jährlich volkswirtschaftliche Kosten i. H. v. 31 Mrd. € entstehen.

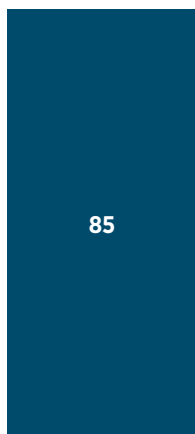


Die wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung, insbesondere innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), muss weiter vertieft und verbindlicher werden.

### UMSETZUNG DER LÄNDERSPEZIFISCHEN EMPFEHLUNGEN MANGELHAFT

Meinung der BUSINESSEUROPE-Mitgliedsverbände zu den länderspezifischen Empfehlungen 2013 und ihrer Umsetzung, in % aller Empfehlungen

sehr wichtig bzw. wichtig



Länderspezifische Empfehlungen

exzellent bzw. gut



Umsetzung durch die Mitgliedstaaten

- Die Befragung der BUSINESSEUROPE-Mitgliedsverbände zeigt: Rund 85 % der länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters sind für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten zentral.
- Jedoch werden nur rd. 16 % der Empfehlungen von den EU-Mitgliedstaaten zufriedenstellend umgesetzt.

Quelle: BUSINESSEUROPE, 2014

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die Integration im Euroraum sollte in den Bereichen deutlich vertieft werden, die die **Stabilität** und **Wettbewerbsfähigkeit der WWU stärken**. Gleichzeitig müssen in der EU neue Entscheidungsmechanismen entwickelt werden, die **verschiedene Integrationsgeschwindigkeiten** ermöglichen.

Die **Doppelstrategie** aus **wachstumsfreundlicher Haushaltskonsolidierung** und **Umsetzung von Strukturreformen** muss weiter vorangetrieben werden. Die Geldpolitik kann die Versäumnisse der Regierungen, wie z. B. ausbleibende oder halbherzige nationale Strukturreformen, nicht auf Dauer ausgleichen.

Der **Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)** sollte konsequent

angewandt werden. Der SWP enthält bereits heute erhebliche Flexibilitätsspielräume. Diese sollten nur im Zusammenhang mit echten und effektiven Strukturreformen genutzt werden.

Der **Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM)** sollte mit klaren Kompetenzen für Wettbewerbsfähigkeit, Haushalts- und Fiskalpolitik ausgestattet werden. Der ESM hat bereits wesentlich zu den Reformerfolgen in den Krisenstaaten beigetragen, weil er jede Art von Hilfe an Reformauflagen knüpft.

Das **Europäische Semester** sollte durch verbindliche vertragliche Vereinbarungen über Strukturreformen gestärkt werden. Eurobonds würden notwendige Reformanreize untergraben.



# Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

## WORUM GEHT ES?

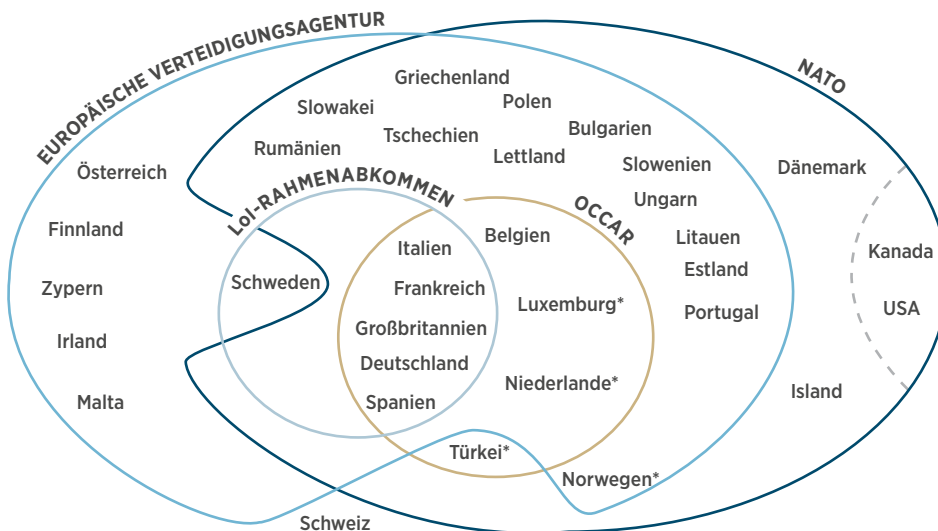
Das Europäische Parlament schätzt, dass politische Fortschritte in den drei Bereichen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Sichtbarkeit, Fähigkeiten und Industrie – Effizienzgewinne i. H. v. mindestens 26 Mrd. € jährlich ermöglichen.



Die deutsche Wirtschaft fordert, dass der Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine zentrale EU-Priorität 2014–2019 wird.

## GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK BIRGT GROSSE EFFIZIENZPOTENTIALE

### Aktuelle Kooperationen auf europäischer Ebene



- Kooperationen auf europäischer Ebene sind vielfältig und häufig unkoordiniert.
- Eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik führt zu signifikanten Effizienzsteigerungen bei Beschaffung und Betrieb und stärkt somit die Sicherheitsvorsorge und Konkurrenzfähigkeit der europäischen Unternehmen.

\* auf Programmebene beteiligt

Quelle: ETH Zürich, 2008; Gemeinsame Organisation für Rüstungskooperation (OCCAR)

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Um die zur Verfügung stehenden knappen finanziellen Ressourcen effizient einzusetzen und nennenswerte Skalenerträge zu erzielen, bedarf es eines neuen Ansatzes auf Grundlage einer **Harmonisierung der Bedarfsseite**.

Die korrekte Implementierung der Richtlinien des **Defence Package** (2009/81/EC und 2009/43/EC) muss von der Europäischen Kommission durchgesetzt werden.

Die Themen **Interoperabilität** und **Standardisierung** sind von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung im Hinblick auf Effizienzgewinne.

Innerhalb Europas sind **Zertifizierungs- und Qualifizierungsverfahren** so abzustimmen, dass der organisatorische und finanzielle Aufwand nationaler Verfahren signifikant reduziert wird.

**Forschung und Entwicklung** (FuE) sind grundlegend für die Zukunftsfähigkeit der Branche und müssen auf europäischer Ebene ausgebaut werden.

Ein rechtlicher Rahmen zur Garantie der **Liefer- und Versorgungssicherheit** muss erarbeitet und eingeführt werden. Vorbild muss die Vereinbarung der sechs „Lol-Staaten“ sein.

# Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

## WORUM GEHT ES?

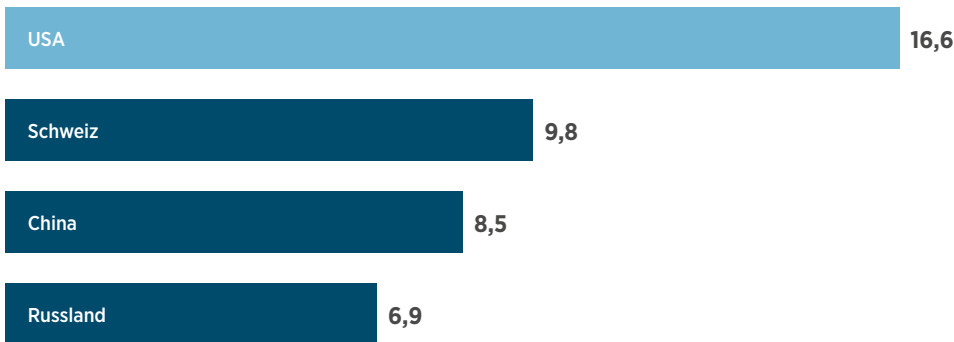
Die Europäische Kommission schätzt, dass TTIP zu einem zusätzlichen Wachstum i. H. v. 119 Mrd. € jährlich in der EU führen könnte. Das ifo Institut prognostiziert zudem, dass durch ein ambitioniertes Abkommen bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze allein in Deutschland geschaffen werden könnten.



Der erfolgreiche Abschluss der TTIP-Verhandlungen muss zentrale EU-Priorität 2014–2019 bleiben. EU und USA sind die beiden mit Abstand größten Wirtschaftsräume der Welt mit den höchsten Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsstandards. Sie können hohe, weltweit wirkende Benchmarks setzen. Diese Chance für globales „Fair Play“ darf nicht vertan werden.

## USA SIND WICHTIGSTER EXPORTMARKT DER EU

Anteile der wichtigsten Absatzmärkte am EU-Gesamtexport 2013, in %



Im Jahr 2013 exportierte die EU Waren im Wert von 287 Mrd. € in die USA. Somit exportierte die EU mehr in die USA, als sie aus den Vereinigten Staaten importierte. Der Handelsbilanzüberschuss lag bei 195 Mrd. €. Dennoch wird der Handel durch eine Vielzahl von Handelsbarrieren, wie Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse (z. B. Zulassungsverfahren), erschwert.

Quelle: Europäische Kommission, 2014

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Das Vertrauen der Bevölkerung in TTIP ist durch einseitige und teilweise falsche Behauptungen, laut denen ein Ende von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die massive Absenkung von Standards zu befürchten seien, leider erschüttert. Die Wahrheit ist: Es geht bei TTIP um „Fair Play“ im transatlantischen und globalen Handel, um transparente Regeln und nicht um die Absenkung von bestehenden Standards und Schutzrechten.

TTIP sollte zu einer umfassenden **Marktöffnung** auf beiden Seiten des Atlantiks führen. Dies beinhaltet vor allem den Abbau von Industriezöllen, die Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens sowie den Abbau von Hemmnissen für Investitionen.

Durch **regulatorische Zusammenarbeit** kann TTIP unnötige Transaktionskosten (z. B. doppelte Zulassungsverfahren) abbauen, ohne europäische Schutzstandards im Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsbereich in Frage zu stellen.

Die **Entwicklung global vorbildlicher Regeln** durch TTIP wird auch das Welthandelssystem stärken, z. B. beim Schutz des geistigen Eigentums und bei Zollverfahren. Zentral ist auch eine Reform für bessere Investitionsschutzregeln. Es muss u. a. mehr Transparenz in Schiedsverfahren hergestellt werden. Die USA und Europa haben die große Chance, gemeinsam faire Regeln zu entwickeln, die global auch für andere Abkommen dieser Art Maßstäbe auf hohem Niveau setzen.

# Europäischer Energiebinnenmarkt

## WORUM GEHT ES?

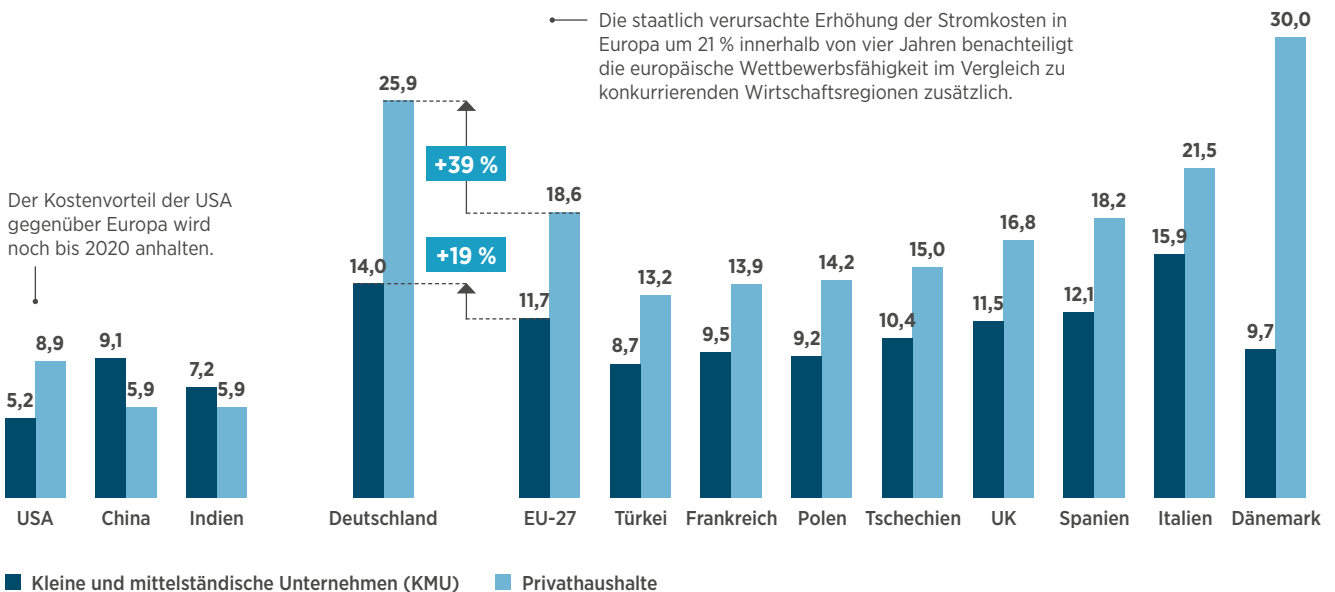
Das Europäische Parlament schätzt, dass die Vollendung des Energiebinnenmarktes jährlich 50 Mrd. € Effizienzgewinne hervorbringen könnte.



Die Vollendung des Energiebinnenmarktes muss eine zentrale EU-Priorität 2014–2019 sein, um den rasanten Anstieg der Energiekosten zu begrenzen.

## STROMPREISE IN DER EU UND IN DEUTSCHLAND SCHON HEUTE SEHR HOCH

### Strompreise im Vergleich, ct/kWh



Quelle: Siemens, Eurostat, IEA

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die **Vollendung des Energiebinnenmarktes** mit der Umsetzung des **Dritten Energiebinnenmarktpakets** und der Entwicklung entsprechender **Infrastrukturen** muss eine absolute Priorität darstellen. Bestehende Stromkapazitäten sollten genutzt werden, um zur Versorgungssicherheit beizutragen.

Der rasante **Anstieg der Energiekosten** muss begrenzt werden. Die **deutsche Energiepolitik** muss mit der europäischen Energiestrategie und unseren Nachbarländern koordiniert werden. Ein möglicher schrittweiser Weg der Umsetzung besteht in anfänglichen Kooperationen auf regionalen, grenzüberschreitenden Märkten, die schließlich in einen **europäischen Strommarkt** zusammengeführt werden.

Politikansätze und Finanzierungsinstrumente in den Bereichen **FuE** sollten auf die Entwicklung jüngerer Technologien konzentriert werden.

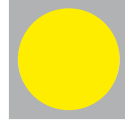
**Energiekosten** sollten nicht durch **Steuern** belastet werden, die dazu bestimmt sind, andere politische Maßnahmen zu finanzieren. Vielmehr muss es zum Erhalt der industriellen Wettbewerbsfähigkeit Europas gelingen, die Energiekostenschere im Vergleich zu anderen Wirtschaftsräumen durch eine Rückführung der Steuer- und Abgabenlast auf Energie wieder zu schließen.

Entscheidend ist, das **Vertrauen von Investoren** durch langfristig berechenbare politische Vorgaben wiederherzustellen.

## Reduktion des Gender Pay Gap

### WORUM GEHT ES?

Das Europäische Parlament spricht sich dafür aus, eine breite Palette an Maßnahmen zur Lohntransparenz einzuführen, und bringt bürokratisch-interventionistische Equal-Pay-Regelungen in die Diskussion. Zudem hat es errechnet, dass eine Reduktion des Gender Pay Gap um 1 % eine Steigerung des europäischen Bruttoinlandsprodukts um 0,1 % mit sich bringen würde. Insgesamt geht das Europäische Parlament davon aus, dass 13 Mrd. € Effizienzgewinn zu erreichen sind.



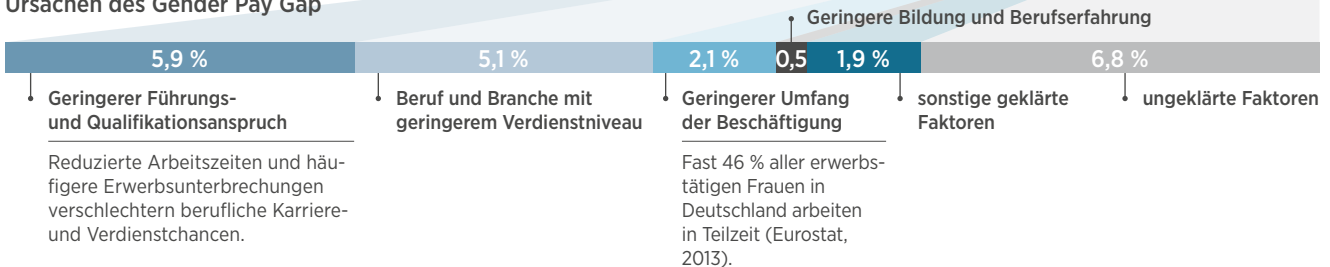
Der Gender Pay Gap ist kein Ausdruck von Diskriminierung. Der unbereinigte Entgeltunterschied von 22 % reduziert sich nach Abzug struktureller Ursachen auf 7 % (Stat. Bundesamt) und unter Berücksichtigung familienbedingter Erwerbsunterbrechungen auf 2 % (IW Köln). Er kann nur dann nachhaltig geschlossen werden, wenn die Ursachen der unterschiedlichen Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen angegangen werden.

### URSACHEN FÜR DEN GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTGELTUNTERSCHIED IN DEUTSCHLAND WEITGEHEND GEKLÄRT

Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst



#### Ursachen des Gender Pay Gap



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Wenn Frauen beim gleichen Arbeitgeber die gleiche Arbeit leisten wie Männer, dann werden sie auch gleich entlohnt. Das ist nicht nur betriebliche Praxis, sondern wird darüber hinaus nach Recht und Gesetz verlangt.

Zusätzliche bürokratisch-interventionistische Equal-Pay-Regelungen lehnt die deutsche Wirtschaft ab, denn sie können die **Komplexität von Entgeltstrukturen** nicht erfassen. Gesetzliche Arbeitsbewertung und entsprechende Regulierungen würden betriebs- und branchenspezifische Besonderheiten missachten. Sie wären zudem ein Eingriff in die **Tarifautonomie**.

Eine Berichterstattung zu Vergütungsstrukturen würde die

Unternehmen mit zusätzlichem bürokratischem Aufwand belasten, statt den **Bürokratieabbau** voranzubringen; bei Auskunftsrechten für Arbeitnehmer ist nicht sichergestellt, ob sie im Einklang mit **Datenschutzgesetzen** stehen.

Um Erwerbs- und Karrierechancen von Frauen weiter zu stärken, müssen bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige **Kinderbetreuungs- und Ganztagsschulangebote** weiter ausgebaut, die **Berufs- und Studienorientierung** verbessert sowie Fehlanreize im **Steuer- und Sozialrecht** gemindert werden.

Auch weitere Anstrengungen in der Personalpolitik und eine partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit sind von Bedeutung.

# Mehrwertsteuer und Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung

## WORUM GEHT ES?

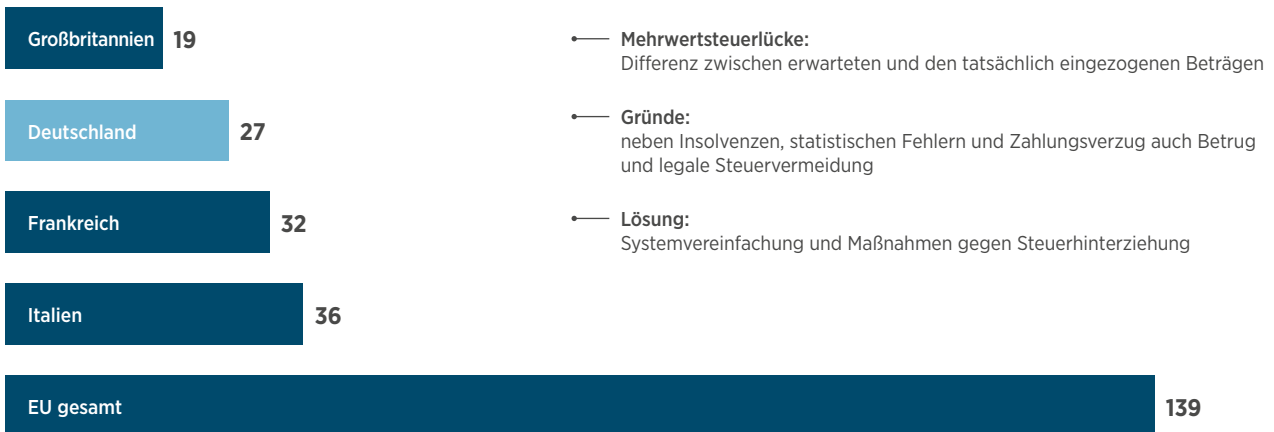
Das Europäische Parlament schätzt, dass durch eine standardisierte europäische Rechnung und ein verbessertes grenzüberschreitendes Besteuerungssystem die Umsatzsteuerausfälle um 7 Mrd. € verringert werden können.



Eine Harmonisierung der Regelungen für ein besseres und effizienteres europäisches Mehrwertsteuersystem ist wichtig.

## MEHRWERTSTEUERAUSFÄLLE KOSTEN DIE EU JÄHRLICH VIELE MILLIARDEN EURO

Mehrwertsteuerlücke in der EU 2011, in Mrd. €



Quelle: Europäische Kommission, 2013

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung müssen mit **internationalen Initiativen** harmonisiert und abgestimmt werden, um gegenläufige Tendenzen in der Steuerpolitik zu vermeiden.

Die Ziele im Rahmen der Diskussion über **Base Erosion and Profit Shifting (BEBS)** sollten mit den steuerpolitischen Zielen und Harmonisierungsbemühungen auf EU-Ebene verzahnt werden.

Ein abgestimmtes Vorgehen innerhalb der **OECD** sowie in Zusammenarbeit mit der EU ist notwendig.

Die einschlägigen **EU-Richtlinien zur Vermeidung der Quellenbesteuerung** sollten überarbeitet werden, um die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten im Binnenmarkt zu erleichtern.

# Umstrukturierung: Information und Konsultation der Arbeitnehmer

## WORUM GEHT ES?

Das Europäische Parlament schätzt, dass die Einführung eines EU-weiten Rechtsrahmens zu Umstrukturierungen von Unternehmen den Personalabbau um 22 % reduzieren und zu gesamtwirtschaftlichen Gewinnen i. H. v. 3 Mrd. € führen würde.

Dieser Rechtsrahmen soll insbesondere eine Ausweitung der Informations- und Konsultationsrechte der Arbeitnehmer beinhalten.

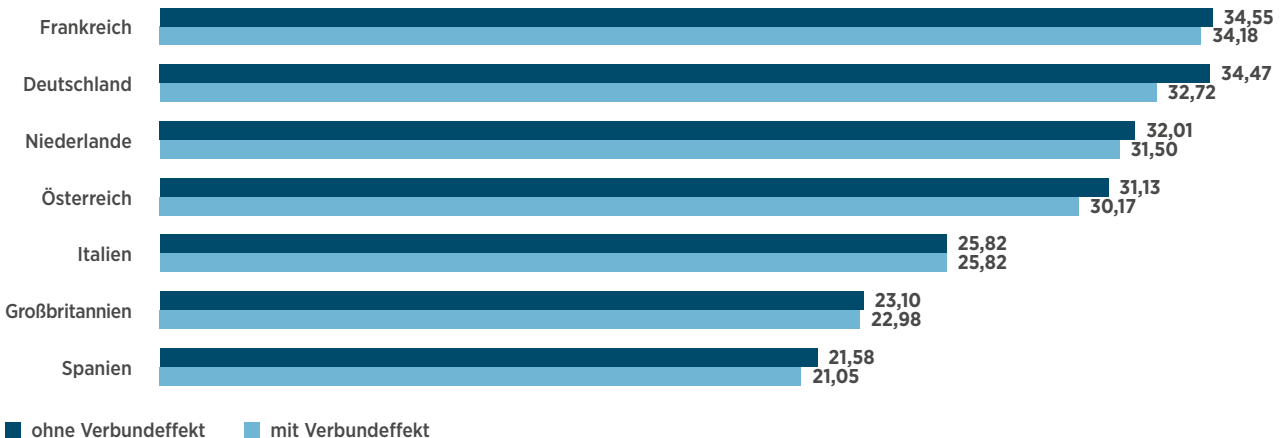


Die Initiative würde selbst zwingend notwendige Restrukturierungen erschweren, die die Wettbewerbsfähigkeit erhalten und stärken und damit nachhaltige Beschäftigung fördern.



## ARBEITSKOSTEN DER INDUSTRIE MIT UND OHNE VERBUNDEFFEKTE

Angabe für das verarbeitende Gewerbe, in € je geleistete Stunde, im Jahr 2010



In einer hochgradig arbeitsteiligen und im globalen Wettbewerb stehenden Wirtschaft sind Umstrukturierungen unverzichtbar. Verbundeffekte (z. B. Spezialisierung und Arbeitsteilung) reduzieren Arbeitskosten und tragen zur Steigerung von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit bei. Somit können Arbeitsplätze gesichert werden.

Quelle: IW Köln, 2011

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Auch aus Arbeitnehmersicht gehört es zu den permanenten strategischen Aufgaben jedes Unternehmens, sich im Wettbewerb am Markt zu behaupten. **Umstrukturierungen** sind dabei als **Maßnahme zur Marktanpassung von zentraler Bedeutung**. Sie erlauben es Unternehmen, rechtzeitig und schnell auf wirtschaftliche Veränderungen zu reagieren. Fortlaufende Anpassungsprozesse erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und tragen zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei.

Deshalb dürfen **Umstrukturierungen nicht durch unnötige, bürokratische und kostenintensive einheitliche EU-Maßnahmen behindert oder verzögert** werden. Ein europaweit einheitliches

Vorgehen („one size fits all“) könnte auch nicht die Diversität von Umstrukturierungen berücksichtigen.

Der auf EU-Ebene **bereits bestehende umfassende Regulierungsrahmen** (u. a. Richtlinien zum Betriebsübergang, zur Information und Konsultation der Arbeitnehmer, zur Einrichtung von Europäischen Betriebsräten oder zu Massenentlassungen) stellt schon jetzt sicher, dass Umstrukturierungen von Unternehmen konstruktiv und so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden.

# Einheitliches europäisches Transportnetz

## WORUM GEHT ES?

Nur auf Basis eines modernen europäischen Verkehrsnetzes kann die Europäische Union mehr Wachstum schaffen.

Das Europäische Parlament schätzt, dass bei einer Vertiefung des Binnenmarktes im Bereich Transport Effizienzgewinne i. H. v. 5 Mrd. € jährlich möglich sind.

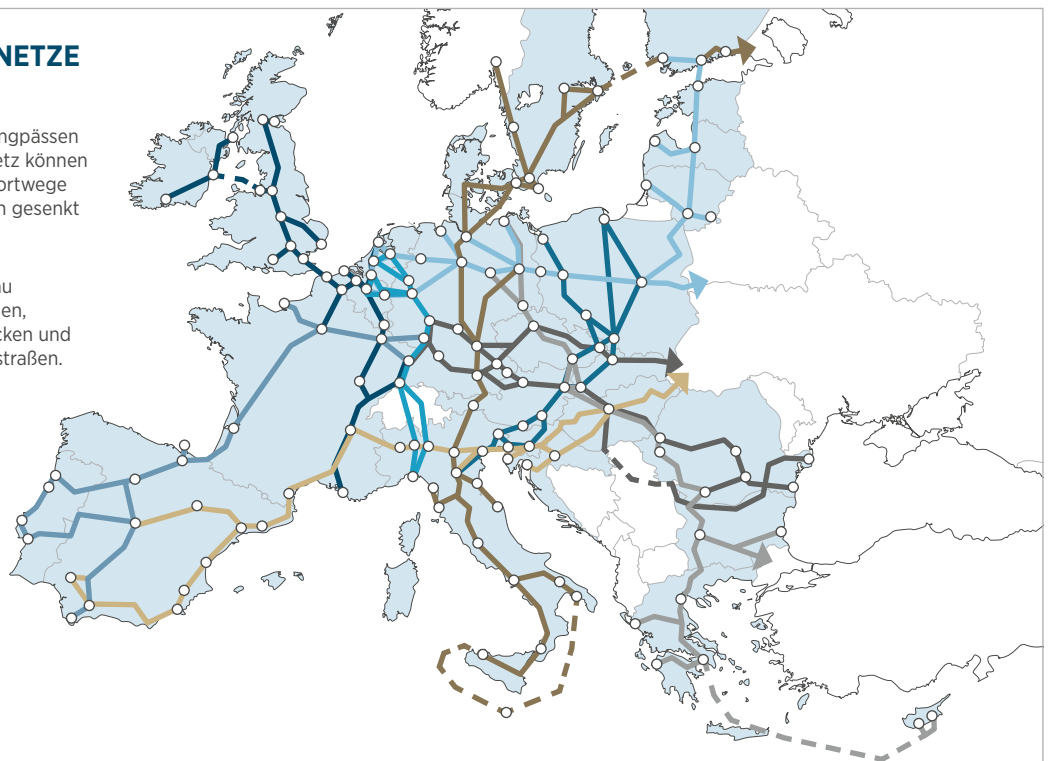


Die deutsche Wirtschaft fordert, die europäischen Verkehrsmagistralen zügig auszubauen. Dazu sind fiskalische Prioritäten in Brüssel und auf nationaler Ebene erforderlich.

## TRANSEUROPÄISCHE NETZE

- Durch die Beseitigung von Engpässen im europäischen Transportnetz können für den Güterverkehr Transportwege verkürzt und Transportkosten gesenkt werden.
- Dabei geht es um den Ausbau von ca. 58.000 km Fernstraßen, ca. 70.000 km Schienenstrecken und rd. 12.000 km Binnenwasserstraßen.

- Baltic <> Adriatic
- North Sea <> Baltic
- Mediterranean
- Orient/East <> Med
- Skandinavian <> Mediterranean
- Rhine <> Alpine
- Atlantic
- North Sea <> Mediterranean
- Rhine <> Danube



Quelle: Europäische Kommission, BDI, 2013

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die Förderung muss auf Projekte im **Verkehrsnetz** zielen, die Engpässe beseitigen und zum einheitlichen europäischen Wirtschafts- und Verkehrsraum beitragen.

**Strukturfragen im Schienenverkehr** müssen ergebnisoffen geprüft, Finanzströme transparent und das Subsidiaritätsprinzip eingehalten werden. Die **Marktöffnung im Schienenverkehr** muss weiter vorangetrieben werden. Die Ausschreibung öffentlicher Dienstleistungen ist vorzuschreiben. Die Europäische Eisenbahngesellschaft (ERA) muss das Zentrum einer europäischen **Zulassungsorganisation für Bahnfahrzeuge** mit flexiblen Verfahrenswegen werden.

Eine Freigabe von **Kabotagebeschränkungen** muss zügig erfolgen.

Der BDI setzt sich für einen fairen **Wettbewerb zwischen den und innerhalb der Häfen** ein. Für Investitionen in Infra- und Suprastruktur sollte langfristige Planungssicherheit geschaffen werden.

Leistungsfähige **Flughafenstandorte** müssen sich bedarfsgerecht entwickeln können. Die Politik in Europa muss den **Single European Sky (SES)** endlich ins Werk setzen. Der **europäische Emissionshandel im Luftverkehr** entpuppt sich als Sonderabgabe und klimapolitischer Irrweg. Die Anstrengungen in der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) sollten intensiviert und rasch ein globales „level playing field“ im Klimaschutz geschaffen werden.

## Vollendung des Europäischen Forschungsraumes (EFR)

### WORUM GEHT ES?

Forschung, Bildung und Innovationen sind wesentliche Wachstumsfaktoren der Wirtschaft in Deutschland und Europa. Derzeit werden rd. 85 % der öffentlichen Forschungsausgaben auf nationaler Ebene ausgegeben.

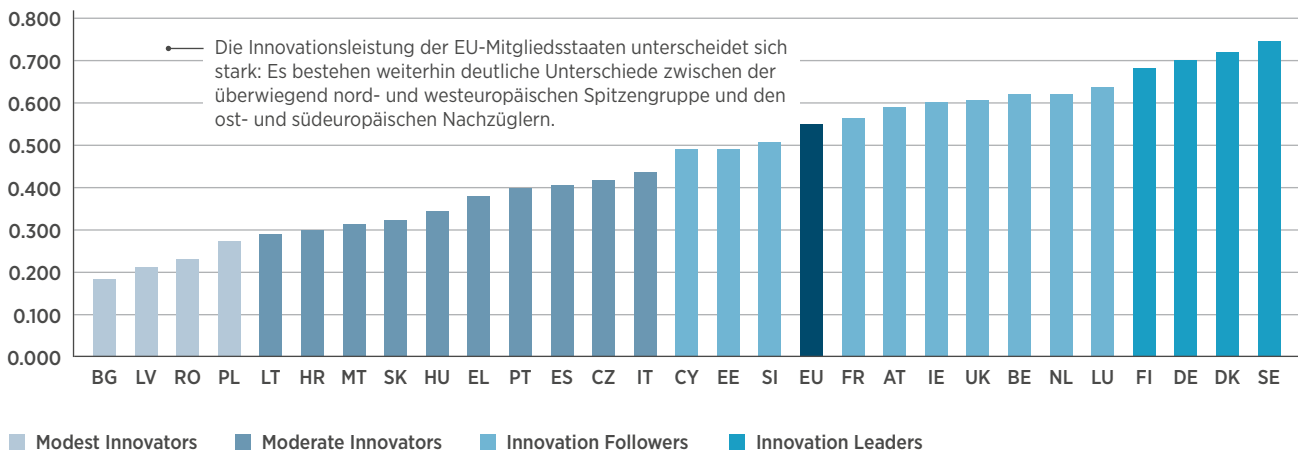
Das Europäische Parlament schätzt, dass eine vertiefte Kooperation im Rahmen des EFR zu Effizienzgewinnen von 1 Mrd. € jährlich führt.



Eine strategisch sinnvolle Vollendung des EFR muss EU-Priorität 2014–2019 werden. In Kombination mit weiteren FuE-Maßnahmen liegen die Effizienzgewinne noch wesentlich höher.

### DIVERGENZ ZWISCHEN DEN INNOVATIONSLEISTUNGEN DER EU-MITGLIEDSTAATEN ERHEBLICH

Innovation Union Scoreboard, 2013



Zahlen des Europäischen Parlaments belegen: Das Erreichen des FuE-Ziels von 3 % des BIP, in Kombination mit „Horizon 2020“ und mehr öffentlichen Mitteln für europäische Verbundprojekte, schafft in Europa 445 Mrd. € zusätzliches Wachstum und 7,2 Mio. neue Jobs bis 2030.

Quelle: Europäische Kommission, 2014

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die weitere aktive Gestaltung des EFR sollte sich für 2014–2019 an den bereits beschlossenen **EFR-Prioritäten** orientieren:

- Effektivere nationale Forschungssysteme
- Optimale länderübergreifende Zusammenarbeit und entsprechender Wettbewerb
- Offener Arbeitsmarkt für Forscher/-innen
- Optimaler Austausch von, Zugang zu und Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen
- Ausbau von strategisch sinnvollen FuE-Kooperationen mit EU-Drittstaaten

Aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten der nationalen FuE-Systeme der EU-Mitgliedsstaaten ist eine angepasste Stra-

tegie für jeden Mitgliedsstaat erforderlich. **Harmonisierende Gesetzgebungsinitiativen** der Europäischen Kommission sind in diesem Zusammenhang abträglich und nicht zielführend: Es gibt nicht die eine „one size fits all“ europäische FuE-Politik.

Die Wirtschaft sollte durch folgende Maßnahmen am EFR mitwirken:

- Verstärkte Beteiligung der Wirtschaft an „Horizon 2020“
- Stärkere Verzahnung und Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Innovationsbereich insbesondere auf europäischer Ebene, beispielsweise im Rahmen der neu entstehenden „Wissens- und Innovationsgemeinschaften“ (Knowledge and Innovation Communities, KICs).



## Verbesserte Geberkoordinierung in der EU-Entwicklungspolitik

### WORUM GEHT ES?

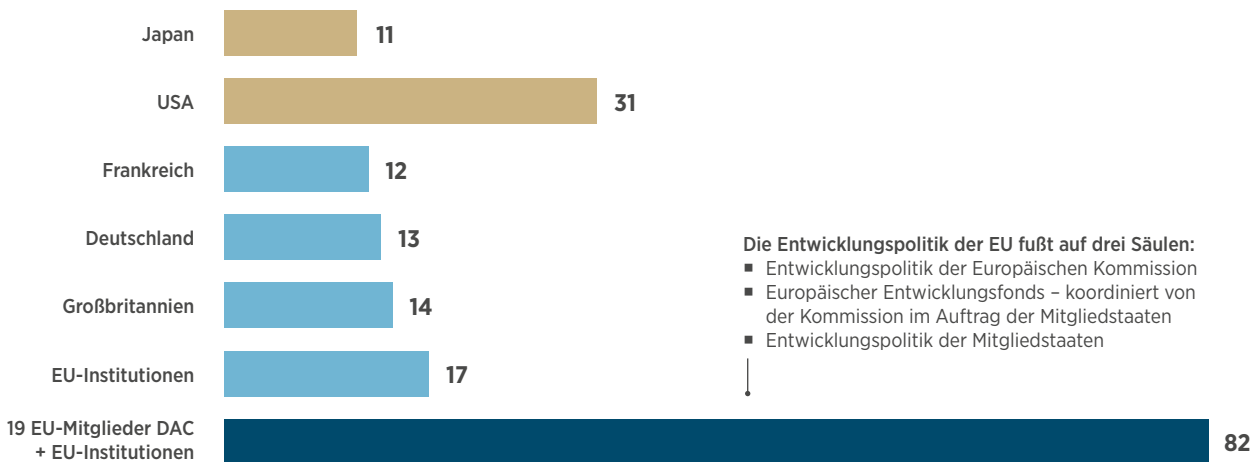
Das Europäische Parlament geht davon aus, dass durch eine verbesserte Geberkoordinierung in der europäischen Entwicklungspolitik bis zu 800 Mio. € jährlich eingespart bzw. zielgerichteter in Partnerländern eingesetzt werden könnten.



Die deutsche Wirtschaft unterstützt den Ansatz, die europäische Entwicklungspolitik besser zu koordinieren. Es bestehen jedoch erhebliche Bedenken, dies mit einer Ausweitung der Budgethilfe zu verknüpfen.

### EUROPA MIT ABSTAND GRÖSSTER GEBER FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (EZ)

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 2012, in Mrd. US-\$



Die Entwicklungspolitik der EU fußt auf drei Säulen:

- Entwicklungspolitik der Europäischen Kommission
- Europäischer Entwicklungsfonds – koordiniert von der Kommission im Auftrag der Mitgliedstaaten
- Entwicklungspolitik der Mitgliedstaaten

Durch eine verbesserte EU-Geberkoordinierung können Überschneidungen und Ineffizienzen abgebaut werden. Die so eingesparten Mittel könnten zielgerichteter eingesetzt werden.

Quelle: OECD, 2012; DAC – Development Assistance Committee der OECD

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die deutsche Wirtschaft unterstützt ein **koordiniertes EU-Vorgehen** bei Programmierung und inhaltlicher Schwerpunktsetzung der EZ-Programme in den Partnerländern. Dies trägt zu einer Verringerung der „Transaktionskosten“ bei.

Eine **Intensivierung der Zusammenarbeit** zwischen **Kommission** und (europäischer) **Wirtschaft** könnte zu einer besseren Effizienz und zielgenaueren Umsetzung der EZ-Programme maßgeblich beitragen.

Im Mittelpunkt sollten dabei u. a. die Unterstützung der **Entwicklung des Privatsektors, Mischfinanzierungs- und Absicherungs-**

**instrumente, Entwicklungspartnerschaften/privat-öffentliche Partnerschaften, Multi-Teilhaber-Allianzen** sowie sektorbezogene Dialoge stehen.

**Budgethilfe** setzt hingegen hohe Ansprüche an die Regierungsführung voraus, birgt die „Gewöhnung“ an EZ-Mittel und erhöht die Korruptionsanfälligkeit. Zudem sind die bisherigen Erfahrungen mit EU-Budgethilfe unbefriedigend. Diese sollte daher zurückgefahren und auf keinen Fall ausgeweitet werden.

## Gesellschaftsrecht: Grenzüberschreitende Sitzverlegung

### WORUM GEHT ES?

An der Möglichkeit eines grenzüberschreitenden Umzugs von Gesellschaften innerhalb des Binnenmarktes ohne deren vorherige Auflösung besteht wirtschaftlich ein großer Bedarf.

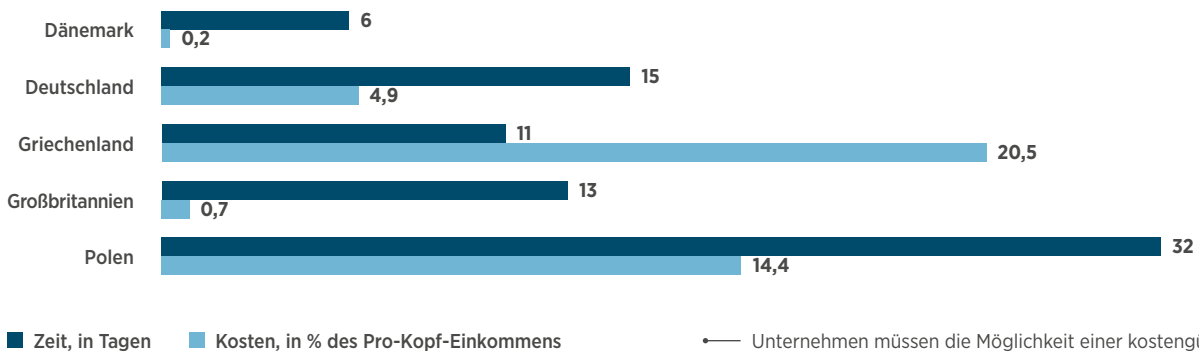
Nach Schätzungen des Europäischen Parlaments würde die Einführung einer Sitzverlegungsrichtlinie Kosten von bis zu 200 Mio. € einsparen.



Die deutsche Industrie appelliert an die EU-Kommission, einen Vorschlag für eine Sitzverlegungsrichtlinie und einen neuen Vorschlag für ein Statut für eine Europäische Privatgesellschaft (SPE) vorzulegen.

### BÜROKRATISCHE HINDERNISSE ERHÖHEN BEDARF AN GRENZÜBERSCHREITENDER SITZVERLEGUNG

Dauer und Kosten für Unternehmensgründungen variieren innerhalb der EU beträchtlich



Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat zwar eine grenzüberschreitende Sitzverlegung bzw. grenzüberschreitende Umwandlung unter Rückgriff auf das nationale Umwandlungsrecht als grundsätzlich zulässig erachtet (zuletzt im VALE, Rs. C-378/10). Eine grenzüberschreitende Verlegung des Satzungssitzes bzw. Umwandlung auf Basis der EuGH-Rechtsprechung ist aber aktuell zumindest in Deutschland nicht rechtssicher möglich und stößt häufig auf praktische Schwierigkeiten.

Quelle: „Doing Business 2013“ – Bericht, Weltbank

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die **Anpassung und Modernisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen** im Bereich des Europäischen Gesellschaftsrechts und der Corporate Governance sollten vorangetrieben und Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in den Mittelpunkt gestellt werden.

Denn aus betriebswirtschaftlicher Sicht verträgt ein erfolgreiches Wirtschaften in einem großen, von Wettbewerb geprägten Markt keine Gebundenheit an einen bestimmten Gesellschaftssitz, sondern verlangt von Unternehmen und Unternehmern **Flexibilität und Anpassungsfähigkeit**.

Daneben ist die EU-Kommission aufgerufen, einen neuen Vorschlag für eine **Europäische Privatgesellschaft (SPE)** vorzulegen, um die Mobilität von Unternehmen im Europäischen Binnenmarkt zu fördern und eine supranationale, einheitliche Rechtsform zu schaffen. Die SPE könnte für Unternehmen Zeit-, Beratungs- und auch Kostenaufwand bei grenzüberschreitenden Aktivitäten reduzieren und wäre auch als Konzernbaustein mit Blick auf die Gestaltungsfreiheit im gesellschaftsrechtlichen Innenverhältnis attraktiv.

# Europaweite Kodifikation des Internationalen Privatrechts (IPR)

## WORUM GEHT ES?

Das Europäische Parlament spricht sich dafür aus, dass die bisher bestehenden Regelungen auf dem Gebiet des Internationalen Privatrechts (IPR) konsolidiert werden. Ziel ist eine systematische Zusammenfassung aller relevanten Normen (Kodifikation) des IPR.

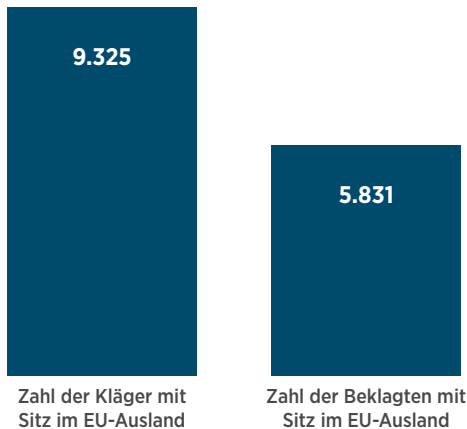
Das Europäische Parlament schätzt, dass diese Kodifikation des IPR Kosteneinsparungen i. H. v. 98 Mio. € jährlich ermöglicht.



Maßnahmen zur Kodifikation von Rechtsnormen müssen vor allem der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dienen und den grenzüberschreitenden Handel fördern. Dabei ist eine Überregulierung zu vermeiden.

## ZAHL DER VERFAHRENSBETEILIGTEN MIT SITZ IM EU-AUSLAND SEHR GERING

Verfahrensbeteiligte mit Sitz im EU-Ausland in Deutschland, 2012



Bei Zivilprozessen vor den Amtsgerichten in Deutschland ist die Anzahl der Kläger und Beklagten mit Sitz im EU-Ausland im Vergleich zur Gesamtzahl mit 0,8 bzw. 0,5 % sehr gering.

Der Mehrwert einer europaweiten Kodifikation des IPR ist nicht ersichtlich. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft sind auch nur einige der IPR-Themen wirklich binnenmarktrelevant. Ob sich hier der Aufwand der Rechtsvereinheitlichung lohnt, erscheint zweifelhaft. Eine Vereinheitlichung des IPR sollte direkte positive Effekte für Unternehmen haben und deren Flexibilität wahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2012

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Eine Kodifikation des IPR ist nur dann sinnvoll, wenn eine unmittelbare **Kostensparnis** im internationalen Handel zu erwarten ist. Ein derart komplexes Vorhaben gemessen an dem zu erwartenden Aufwand erscheint eher zweifelhaft.

Zudem ist fragwürdig, inwieweit ein direkter Vorteil für Unternehmen entstehen kann. Es besteht das Risiko, dass eine umfassende Kodifikation zu zusätzlichen **Kosten für Bürger und Kleine und mittelständische Unternehmen** führt.

Als Negativbeispiel aus dem Bereich des materiellen Rechts ist der Verordnungsvorschlag der Kommission zur Einführung eines **Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts** zu nennen.

Der Versuch, ein einheitliches Recht zur Förderung des grenzüberschreitenden Handels zwischen Unternehmen und Verbrauchern zu schaffen, ist gescheitert. Insbesondere wird der im deutschen Recht selbstverständliche **Interessenausgleich zwischen Verbrauchern und Unternehmen** nur unzureichend gewahrt. In der jetzigen Fassung wäre das europäische Kaufrecht keine echte Alternative im grenzüberschreitenden Handelsverkehr.

## Europäisches Umweltrecht

### WORUM GEHT ES?

Im 7. Umweltaktionsprogramm der Kommission ist die bessere Umsetzung des Umweltrechts als ein prioritäres Ziel festgelegt worden.

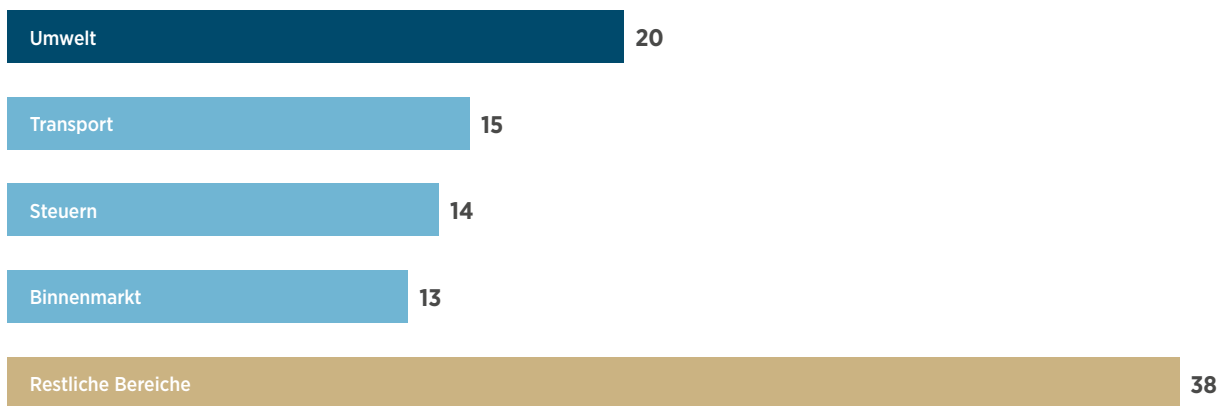
Das Programm verweist auf Kostenschätzungen von rd. 50 Mrd. € jährlich, die sich aus der Nichtanwendung der Rechtsvorschriften ergeben, sowie auf die hohe Zahl von Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit dem Umweltrecht.



Die Umsetzung und vollständige Anwendung des bestehenden Umweltrechts muss Vorrang vor dem Erlass neuer Vorschriften haben.

### EU-UMWELTRECHT AM STÄRKSTEN VON VERTRAGSVERLETZUNGEN BETROFFEN

Die vier am stärksten von Vertragsverletzungsverfahren betroffenen Politikbereiche 2012, in %



Durch die mangelnde Umsetzung und Anwendung europäischen Umweltrechts werden die umweltpolitischen Ziele der Union nicht vollständig erreicht. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen und benachteiligt die Produktionsstandorte, an denen europäische Umweltstandards vollständig angewandt werden. Die mangelnde Umsetzung und Anwendung kann zu einem Vertrauens- und Ansehensverlust der europäischen Umweltpolitik insgesamt führen.

Quelle: Europäische Kommission, 2012

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Das im 7. Umweltaktionsprogramm formulierte prioritäre Ziel der besseren Umsetzung des Umweltrechts muss dergestalt verwirklicht werden, dass die vollständige und gleichmäßige **Umsetzung** und **Anwendung bestehenden Umweltrechts** in allen Mitgliedstaaten Vorrang vor dem Erlass neuer Vorschriften erhalten.

Darüber hinaus sollte die Kommission künftig noch entschlossener als bisher von den ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten wie **EU-Pilot-Verfahren** und **Vertragsverletzungsverfahren** Gebrauch machen. Beide Instrumente sollten besser aufeinander abgestimmt werden, um langwierige Verfahren zu vermeiden.

Es sollte auch geprüft werden, inwiefern **Empfehlungen zur besseren Umsetzung des EU-Umweltrechts** in das **Europäische Semester** integriert werden können.

# Konvergenz zwischen Industrie-, Energie- und Klimapolitik

## WORUM GEHT ES?

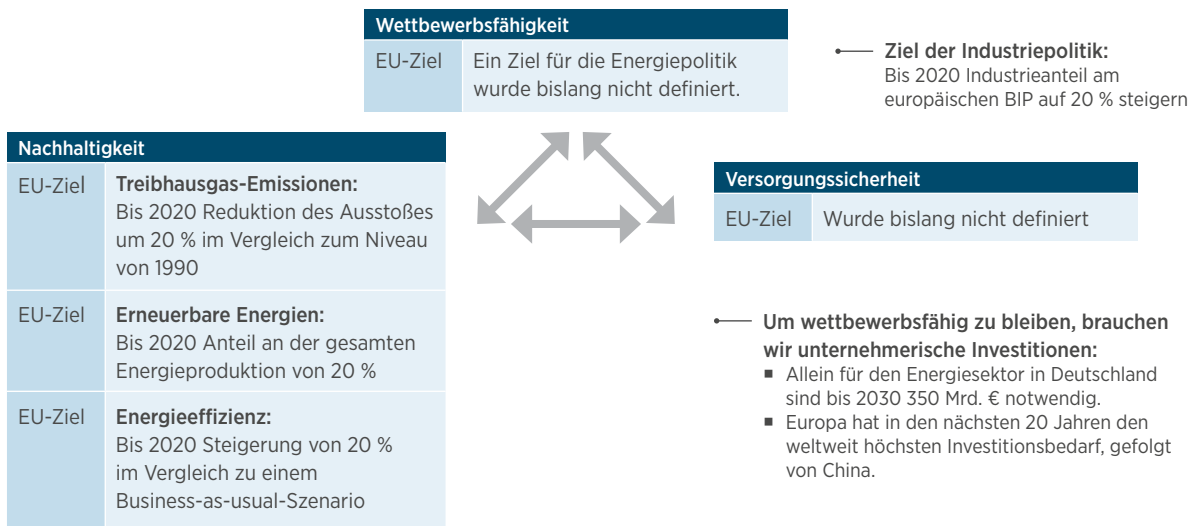
Unerwünschte Wechselwirkungen und die Überlappung bestehender EU-Ziele wie Instrumente schwächen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen.



Die deutsche Wirtschaft fordert, dass europäische Industrie-, Energie- und Klimapolitik im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit ganzheitlich gedacht werden muss.

## ÜBERLAGERUNG DER ENERGIE- UND KLIMAZIELE IN EUROPA SCHWÄCHT WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Schwierigkeiten der aktuellen Ziellogik der EU-Energie- und Klimapolitik 2020



Quelle: BUSINESSEUROPE, 2013

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Die deutsche Industrie fordert mehr **Konvergenz** zwischen **Industrie-, Energie- und Klimapolitik** in Europa. Europa muss seine Stärken ausbauen, deshalb muss das 20%-Industrieanteilsziel bis 2020 für die neue Kommission Vorrang haben.

Dazu brauchen wir eine wirklich **europäisch ausgerichtete Energie- und Klimapolitik**, deren Eckpfeiler auf eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Energieversorgung ausgelegt sein müssen.

Diese drei Komponenten des **energiepolitischen Zieldreiecks** müssen sich in der politischen Zielsetzung wiederfinden.

Das Grundproblem der Industrie heute sind nicht variierende CO<sub>2</sub>-Preise, sondern der Verlust der **internationalen Wettbewerbsfähigkeit** durch einseitig steigende Energie- und Klimaschutzkosten und -auflagen.

Gegenwärtig kommt es zu Inkonsistenzen und Überlagerungen, deswegen muss das **Europäische Emissionshandelssystem** als Leitinstrument der europäischen wie deutschen Energie- und Klimapolitik etabliert und mit der Förderung der erneuerbaren Energien sowie Energieeffizienz kostenseitig verknüpft werden.

Das Ziel müssen **international wettbewerbsfähige Energiepreise** sein.

## Bußgeldpraxis im Wettbewerbsrecht

### WORUM GEHT ES?

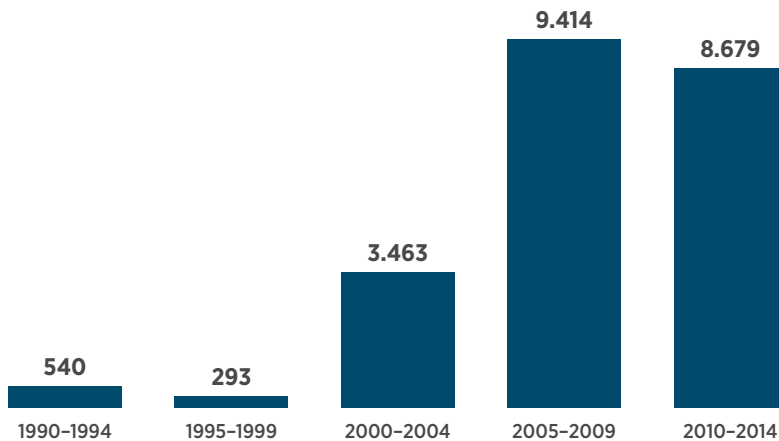
Die verhängten Geldbußen haben in den vergangenen Jahren Rekordsummen erreicht. Den rechtsstaatlichen Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und des fairen Verfahrens muss bei der Bußgeldbemessung mehr Rechnung getragen werden.



Die deutsche Wirtschaft fordert die Überarbeitung der Sanktionsbefugnisse der Kommission bei Wettbewerbsverstößen hinsichtlich der VO 1/2003 voranzutreiben und dabei das Prinzip der Verhältnismäßigkeit stärker zu berücksichtigen.

### DIE VERHÄNGTEN GELDBUSSEN IN DER EU HABEN EXPONENTIELL ZUGENOMMEN

Verhängte Bußgelder 1990–2014, in Mio. €



Die verhängten Geldbußen pro Unternehmen zählen weltweit zu den höchsten.

Nach Art. 23 Abs. 2 VO 1/2003 kann die Kommission gegen Unternehmen Geldbußen i. H. v. bis zu 10 % des Gesamtjahresumsatzes verhängen.

Stand: 25. Juni 2014

Quelle: Europäische Kommission, 2014

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Wettbewerbswidriges Verhalten muss geahndet werden und die verhängten Bußgelder eine abschreckende Wirkung haben. Dennoch sollten die Regelungen dem rechtsstaatlichen Prinzip der **Verhältnismäßigkeit** genügen.

Langfristig sollte die Kommission nur als Ermittlungs- und Anklagebehörde fungieren, während die EU-Gerichte Sanktionen verhängen. Mittelfristig könnte durch eine strengere **Trennung der Ermittlungs- und Entscheidungsbefugnis innerhalb der Generaldirektion (GD) Wettbewerb** mehr Unabhängigkeit bei der Entscheidungsfindung gewährleistet werden.

Im Hinblick auf den rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgrundsatz ist es erforderlich, dass in Art. 23 Abs. 2 VO 1/2003 selbst **ausreichend bestimmte Grundsätze zur Bußgeldfestsetzung** aufgenommen werden.

Die **Bußgeldhöhe** sollte sich nicht an dem Parameter des Gesamtjahresumsatzes bemessen, sondern entweder auf den Tatvorwurf bzw. den Handlungserfolg abstellen oder auf die tatsächliche finanzielle Situation des Unternehmens.

Ernsthafte **Compliance-Bemühungen** eines Unternehmens zur Verhinderung von Kartellverstößen sollten bußgeldmindernd berücksichtigt werden.

# Digitalisierung der Industrie: Förderung von Schlüsseltechnologien

## WORUM GEHT ES?

Der digitale Wandel wird in allen Bereichen des (Wirtschafts-)Lebens Einzug halten. Er vollzieht sich von der Energieversorgung (Smart Grids) über die Mobilität (Smart Mobility) bis hin zur Produktion (Industrie 4.0/Advanced Manufacturing).

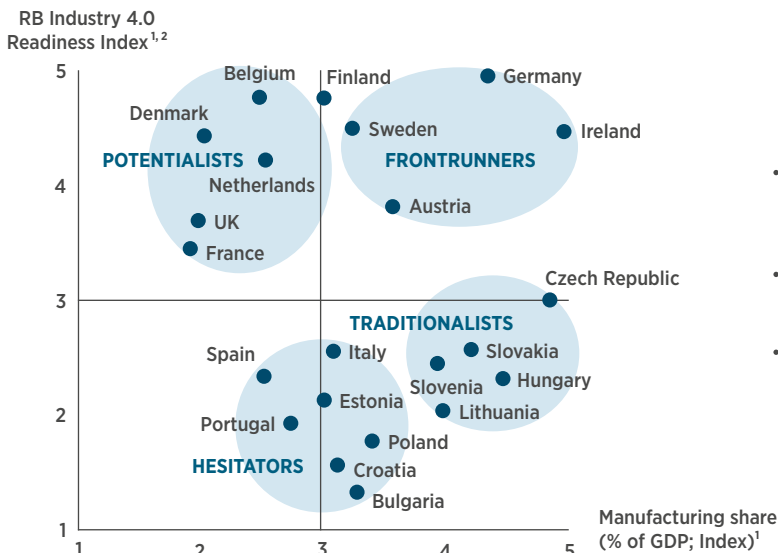
Das Kommissionsziel, den Industrieanteil an der europäischen Wertschöpfung auf 20 % zu steigern, kann nur mithilfe von Industrie 4.0 erreicht werden.



Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie kann für die nächsten Jahrzehnte nur durch die Förderung von Schlüsseltechnologien gelingen, insbesondere durch Industrie 4.0 und digitale Technologien.

## DIGITALISIERUNG STÄRKT DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER EUROPÄISCHEN INDUSTRIE

### Wettbewerbsposition einzelner EU-Länder in Bezug auf Industrie 4.0



- Die Voraussetzungen für Industrie 4.0 in Europa sind günstig. Für viele Länder besteht aber noch erheblicher Aufholbedarf.
- Industrie 4.0 erhöht die Profitabilität von Unternehmen, ist jedoch auch sehr kapitalintensiv.
- Investitionen i. H. v. 1.350 Mrd. € sind in den kommenden 15 Jahren europaweit notwendig, um der Industrie 4.0 zum Durchbruch zu verhelfen. Dies sind 90 Mrd. € jährlich.

<sup>1</sup> 1 = low, 5 = high    <sup>2</sup> Adjusted for outliers Cyprus, Latvia, Luxemburg, Romania, Greece

Quelle: Roland Berger, 2014

## PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Nur die systematische **Unterstützung der Schlüsseltechnologien** durch die EU mit Schwerpunkt auf Industrie 4.0 und auf digitalen Technologien entlang der gesamten Wertschöpfungskette hilft der Wirtschaft, wettbewerbsfähig zu bleiben.

Zur Schaffung des Digitalen Binnenmarktes ist es unabdingbar, einen **europaweit einheitlichen Datenschutz** mit Marktortprinzip zu etablieren.

Digitale Infrastrukturen müssen durch den **Ausbau von Breitbandversorgung** bereitgestellt werden.

Digitale Innovationen sollten durch **steuerliche FuE-Förderung** gestärkt werden. Die Kommission sollte industrierelevante **EU-Förderprojekte** noch stärker auf Bedarfsfelder der digitalen Wirtschaft ausrichten.

Die nationale Gesetzgebung muss mit der **EU-Cybersicherheitsrichtlinie** in Einklang gebracht werden.

Das **Beihilfenrecht** sollte stärker an den Zielen von „Europa 2020“ ausgerichtet werden. Es bedarf zudem einer effizienteren Adressierung des internationalen Subventionswettlaufs, in Ausnahmefällen durch Ausweitung der Entsprechungsklauseln.

## EU-Strategierahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (2014–2020)

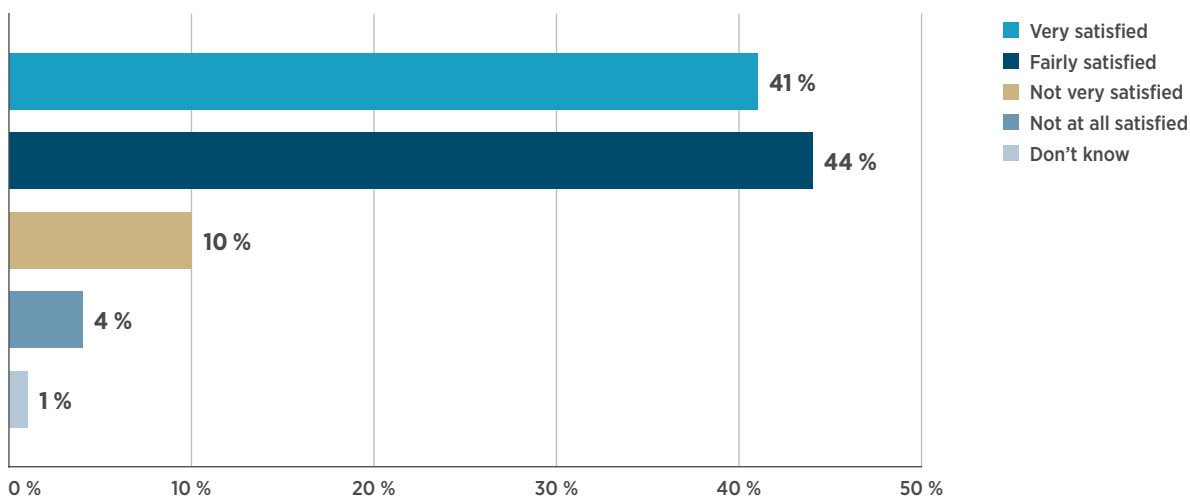
### WORUM GEHT ES?

Der von der EU-Kommission im Juni 2014 vorgelegte strategische Rahmen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz geht in die richtige Richtung. Der Fokus des strategischen Rahmens liegt auf der verbesserten Umsetzung und Vereinfachung bestehender Rechtsvorschriften im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Dieser Ansatz sollte konsequent weiterverfolgt werden.



Die deutsche Wirtschaft unterstützt die Festlegung europäischer Mindeststandards im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Der Weg zu einem europaweit einheitlichen Mindestniveau darf jedoch nicht in einer überhöhten und komplizierten Regulierung enden.

### HOHE ZUFRIEDENHEIT MIT ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ IN DER EU



Insgesamt 85 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU sind mit ihrem Sicherheits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zufrieden.

Quelle: Eurostat, 2014

### PRIORITÄTEN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT 2014–2019

Der Arbeitsschutz ist einer der am weitesten geregelten Bereiche der europäischen Sozialpolitik. Zusätzlich zur Arbeitsschutzrahmenrichtlinie mit allgemeinen Vorschriften existieren auf EU-Ebene zahlreiche detaillierte Regulierungen, z. B. zu Arbeitsstätten, Arbeitszeit, physikalischen Grenzwerten, Bildschirmarbeit und Mutterschutzfristen. Den **Fokus auf die verbesserte Umsetzung** der bestehenden Regelungen zu legen, ist richtig, um ein „**level playing field**“ des Arbeitsschutzes als Grundlage für fairen Wettbewerb im gesamten europäischen Binnenmarkt zu erreichen.

Effektiver Arbeitsschutz ist ein wichtiges Anliegen der Unternehmen. Das Thema **psychische Gesundheit** der Arbeitnehmer wird von Arbeitgebern sehr ernst genommen. Gemeinsam mit

den Gewerkschaften wurde dazu auf europäischer Ebene eine **Rahmenvereinbarung der europäischen Sozialpartner** erarbeitet. Zur Umsetzung wurde in Deutschland von Sozialpartnern und Bundesregierung eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet und die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie auf das Thema Psyche ausgerichtet.

Bei **psychischen Erkrankungen** wirken verschiedene Aspekte von Persönlichkeit und Umweltfaktoren zusammen. Belastungen aus der Arbeitswelt sind niemals die alleinige Ursache psychischer Erkrankungen. Gesetzliche Regelungen für Arbeitgeber würden nicht an den **komplexen Ursachen des Problems** ansetzen und sind daher abzulehnen.